



**BAYERISCHER  
LANDKREISTAG**

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Pressemitteilung

19. Oktober 2006

An die bayerische Presse

## **Kostenentwicklung in den sozialen Grundsicherungen**

### **Landräte fordern Einhaltung der Zusagen des Bundes zum Belastungsausgleich**

1. Mit großer Sorge haben die bayerischen Landräte die Neuigkeiten aus Berlin zu den gestrigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur **Höhe der Erstattung des Bundes für die Kosten für Unterkunft und Heizung, die die Kommunen bei Hartz IV zu leisten haben, zur Kenntnis genommen.** Die Stimmung unter den Landräten auf dem diesjährigen Landräteseminar in Amberg fasste der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner so zusammen: „Es herrschte Unverständnis und Verärgerung. Zu Beginn der Arbeitsmarktreform Hartz IV, mit der die Grundsicherung für Erwerbsfähige eingeführt wurde, versprach uns der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder im März 2004 eine Entlastung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro. Heute kann uns keiner erklären, warum die Länder und die Kommunen einen Betrag von 5,83 Mrd. Euro errechnen, um diese Entlastung zu erreichen, während der Bund in seinem Haushalt zu diesem Zweck gerade einmal 2,05 Mrd. Euro eingestellt hat.“ Zellner fordert endlich Klarheit darüber, wie es mit der Finanzierung der Unterkunftskosten weitergehen wird. Die kommunalen Haushalte würden derzeit wieder aufgestellt und die Kämmerer wüssten immer noch nicht, mit welchen Erstattungen sie zu rechnen hätten.

„Die Höhe der Erstattung des Bundes wirkt sich auch unmittelbar auf den zwischen der bayerischen Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden mühsam ausgehandelten interkommunalen Hausgleich zu Hartz IV in Bayern aus.“ so Theo Zellner weiter. „Wenn wir nicht mindest 29,1% der Unterkunftskosten erstattet bekommen, bricht das gesamte Rechenwerk für den interkommunalen Ausgleich auseinander. Dies wäre eine Katastrophe für die Kommunen in Bayern! Wir haben keine Klarheit über

die Zukunft und selbst für das Jahr 2005 ist bei uns noch kein Geld aus dem interkommunalen Ausgleich angekommen. Die Staatsregierung muss alles daran setzen, dass die errechneten Beträge noch in diesem Jahr ausbezahlt werden, sonst wird eine kommunale Haushaltsplanung für 2007 unmöglich.“

2. Kritisch äußerten sich die Landräte auch zur Ausgabenexplosion bei der 2001 eingeführten **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**. „Auch dort ist uns bei der Einführung der neuen Sozialleistung zugesichert worden, dass Mehrbelastungen vom Bund ausgeglichen werden. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter laufen den bayerischen Landkreisen schlicht davon. Allein zwischen 2004 und 2005 kam es zu einer Kostenzunahme von 54 Mio. auf 94 Mio. Euro. Das entspricht einer Steigerung von 74% allein in einem Jahr!“ Diese Tatsache zeigt Zellner, dass der Bundesgesetzgeber offenbar auch bei der Grundsicherung im Alter von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist: „Auch hier fordern wir mit allem Nachdruck, dass die Ursachen für die Zusatzbelastungen identifiziert werden und der Bund Mehrbelastungen der Kommunen eins zu eins ausgleicht.“

Die Presseinformation des Bayerischen Landkreistags gibt es auch im Internet:  
[www.bay-landkreistag.de](http://www.bay-landkreistag.de)